

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 04.11.2010**

öffentlich

Ort: Stadtmuseum
Christian Wolff Haus
Sitzungsraum
Große Märkerstraße 10
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:05 Uhr bis 18:25 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Herr Andreas Schachtschneider	ab 16.15 Uhr anwesend
Frau Ute Haupt	
Frau Hanna Haupt	ab 16.20 Uhr anwesend
Herr Klaus Hopfgarten	
Frau Ilona Hackel	
Frau Anja Pohl	bis 18.00 Uhr anwesend
Frau Carmen Wiebach	
Frau Katja Raab	
Frau Dr. Regine Stark	i.V. von Frau Wolff anwesend
Herr KR Ralf Berger	
Herr Torsten Bognitz	
Herr Leonhard Dölle	
Frau Beate Gellert	
Frau Antje Klotsch	
Herr Uwe Kramer	
Frau Renate Leonhard	
Frau Peggy Rarrasch	
Frau Helga Schubert	
Herr Dr. Kluge	
Frau Dagmar Schöps	i.V. von Frau Brederlow
Herr Tobias Kogge	

Entschuldigt fehlen:

Frau Heike Wießner	entschuldigt, auch Vertreter
Herr René Trömel	entschuldigt (erkrankt)
Frau Sabine Wolff	Vertreterin anwesend
Frau Dr. Inés Brock	entschuldigt, auch Stellvertreter
Frau Sabine Franz	Herr Dr. Kluge anwesend
Herr Richter Bruno Glomski	entschuldigt
Herr Philipp Pieloth	entschuldigt (krank)
Herr Max Privorozki	
Frau Carola Messerschmidt	
Frau Katharina Brederlow	entschuldigt (krank)
Frau Petra Schneutzer	entschuldigt (krank)
Frau Susanne Wildner	

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 07. Oktober 2010
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Beantwortung von mündlichen Anfragen
Dieser TOP wurde vorgezogen
- 6. Mitteilung über die Arbeit des Quartiersmanagements in Halle-Neustadt über den Zeitraum Januar bis Oktober 2010
Vorlage: V/2010/09205
- 7. Bericht zur Umsetzung des Programms STÄRKEN vor Ort
- 8. Bericht des Kinder- und Jugendrates der Stadt Halle (Saale) zum Projekt "Spielplatztester"

verschoben auf JHA 02.12.2010
- 9. Bericht zur Entwicklung in den Bereichen Kindertagesstätten und Hilfen zur Erziehung
- 10. Beschlussvorlagen
- 10.1. Geschäftsordnung der Sozialraumplanungsgruppen
Vorlage: V/2010/09144
- 10.2. 2. Änderungssatzung zur Satzung des Amtes für Kinder, Jugend und Familie der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2010/09217
- 11. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 11.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Weiterführung des "Lokalen Aktionsplanes Halle - Hallianz für Vielfalt"
Vorlage: V/2010/09091
Der Antragsteller hat begründet seinen Antrag zurück gestellt.
- 11.2. Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zur bedarfsgerechten Verteilung von Spielplätzen im Stadtgebiet
Vorlage: V/2010/08798

- 11.2. Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zur bedarfsgerechten Verteilung von Spielplätzen im Stadtgebiet
Vorlage: V/2010/08843
12. schriftliche Anfragen von Stadträten
13. Themenspeicher
14. Mitteilungen
15. Anregungen

zu **Kinder- und Jugendsprechstunde**

Vorsprache von mehreren Vertretern des Kinderchores (Träger Jugendwerkstatt) als auch einem Vater eines Chormitgliedes , Herr Döring zur Kinder- und Jugendsprechstunde im Jugendhilfeausschuss

**Als Ansprechpartnerin der Vertreter und Empfängerin der Beantwortung wurde genannt:
Frau Katharina Meister; wh. Beesener Str. 17, 06110 Halle**

Herr Döring sprach an, dass er als Vater eines Chormitgliedes auf Grund der dort entstandenen unbefriedigenden Situation hier erschienen ist und die anwesenden Chormitglieder, welche selbst vorsprechen, unterstützt.

Durch die **Vertreterinnen des Chores** wurde vorgetragen, dass es große Probleme durch die Situation im Chor gibt. Die Stimmung im Chor ist sehr bedrückend.

Der Chorleiter, Herr Wippler geht in den Ruhestand. Ein Nachfolger ist noch nicht gefunden. Die Jugendwerkstatt ist zwar auf der Suche, aber dies ist noch ungeklärt.

Für den Chor sollte es bei der Besetzung der Chorleiterstelle ein Mitspracherecht geben und dies nicht nur dem Träger allein überlassen werden. Mit einer geeigneter

Person für diese Stelle steht und fällt der Chor und den Jugendlichen ist es sehr wichtig, hier auch gehört zu werden. Der Förderverein soll die Singschule und den Chor übernehmen. Die Jugendlichen sind ob der entstandenen Situation , wie jetzt alles läuft, sehr verunsichert . Sie bitten die Stadt, sich hier im Interesse der Kinder und Jugendlichen mit zu verwenden.

Herr Kogge antwortete, dass in diesem Fall nicht der Jugendhilfeausschuss sondern der Kulturausschuss das richtige Gremium wäre, dies vorzutragen.

Er wird diese Fragen mitnehmen und die Verwaltung wird diese beantworten.

Ansprechpartnerin ist hier die Kulturreferentin, Frau Dr. Wohlfeld.

Die Verwaltung wird der o.g. Ansprechpartnerin diese Vorsprachenotiz zukommen lassen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Kogge eröffnete die Sitzung und sprach an, dass gegenwärtig weder die Ausschussvorsitzende noch deren Stellvertreter anwesend sind. Er unterbreitete den Vorschlag, dass entweder bis zum Eintreffen der Vorsitzenden Herr Hopfgarten als ältestes Mitglied die Sitzung führt oder er selbst .

Es bestand Einvernehmen darüber, dass bis zum Eintreffen der Vorsitzenden Herr Kogge die Sitzung leiten soll.

Herr Kogge stellte sowohl die ordnungsgemäße Einladung als auch die Beschlussfähigkeit fest. Er entschuldigte die Amtsleiterin, Frau Brederlow ist erkrankt, so dass Frau Schöps als Stellvertreterin mit im Podium sitzt. Er entschuldigte, dass er nur eine begrenzte Zeit der Sitzung beiwohnen kann, da er 19 Uhr bereits den nächsten Termin hat.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Kogge sprach an, dass TOP 7 „Bericht Projekt Spielplatztester“ auf die nächste Sitzung verschoben wird und somit von der TO genommen wird.

TOP 10.1 der Änderungsantrag Nr. V/2010/08641 ist irrtümlich auf die TO gekommen, dieser Antrag ist bereits erledigt. Er bat, dieses Versehen zu entschuldigen. Somit kommt TOP 10.1 ebenfalls von der TO runter. Dadurch verschiebt sich die Nummerierung der TO.

Er fragte an, ob es Einwände hierzu gibt oder Änderungswünsche zur TO.

Frau Ute Haupt sprach an, dass TOP 10.2 Antrag ihrer Fraktion zur Weiterführung des LAP zurück gestellt wird, da die Verwaltung hierzu erst im Dezember Aussagen treffen kann.

Herr Dölle stellte den Antrag, dass TOP 14 „Beantwortung von mündlichen Anfragen“ als TOP 5 vorgezogen wird, da Herr Kogge nur eine begrenzte Zeit anwesend sein wird und er eine Anfrage von ihm beantwortet haben möchte.

Herr Kogge fragte an, ob mit den gesamten Änderungen sich die Mitglieder einverstanden erklären oder es Einwände gibt.

Da keine Einwände vorgetragen wurden ließ er zur veränderten TO abstimmen.

Dieser TO wurde einstimmig zugestimmt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 07. Oktober 2010

Da zwischenzeitlich Herr Schachtschneider eingetroffen war, wurde er von **Herrn Kogge** darauf angesprochen, dass gegenwärtig Frau Hanna Haupt noch nicht anwesend ist und bat diesen als Stellvertreter den Vorsitz zu übernehmen. **So dass ab 16.15 Uhr die Sitzung von Herrn Schachtschneider geführt wurde.**

Herr Schachtschneider fragte an, ob es Änderungswünsche zur Niederschrift vom 07.10.2010 gibt.

Frau Pohl wies darauf hin, dass in der Niederschrift ihr Name mit „e“ am Ende geschrieben wurde und dies korrigiert wird.

Weitere Änderungen gab es nicht. Somit wurde der Niederschrift **zugestimmt.**

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Schachtschneider gab bekannt, dass es in der letzten Sitzung keine nichtöffentlichen Beschlüsse gegeben hat.

zu 5 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Dölle fragte zur Thematik Finanzierung KITA's und der Anteilsfinanzierung des Landes an.

1. Wie stark ist die Erhöhung der Landesmittel ausgefallen
2. Wie wurden diese Mehreinnahmen verrechnet /verbucht
3. Kann damit gerechnet werden, dass diese zusätzlichen Landeszuweisungen auf die vorhandenen Mittel aufgerechnet werden, so dass es zu keiner finanziellen Veränderung der städtischen Mittel kommt und somit die Träger im Jahr 2010 ihre erbrachten Leistungen tatsächlich bekommen.

Herr Kogge antwortete zu den Anfragen.

Die Mehreinnahmen aus der Landeszuweisung wurden im KITA-Bereich eingestellt, ohne dass kommunale Mittel reduziert wurden. Es wird viel Gebrauch von der Möglichkeit gemacht, dass Kinder, welche Anspruch auf einen 5 h-Kitaplatz haben, dies nutzen. Es muss gesehen werden, wie zukünftig in der Haushaltsplanung mit der Situation umgegangen wird. Inwieweit für das kommende Jahr den steigenden Kinderzahlen seitens des Landes Rechnung getragen wird, steht noch nicht fest. Er geht davon aus, dass die Zuschüsse des Landes für diesen Bereich für 2011 steigen, da mehr Kinder im Land sind. Die Kostenentwicklung ist anders, als dies im Haushaltsplan berücksichtigt worden ist. Derzeit laufen die Berechnungen hierzu. Der Nachtragshaushalt wurde in der Stadt beschlossen. Im Bereich HzE wurden 2,8 Mio € umgeschichtet, da die HzE gestiegen sind. Zur Zeit werden die Zahlen vom Nachtrag eingerechnet. Es gibt eine sehr angespannte Personalsituation im Jugendamt, wozu später Frau Schöps sich noch äußern wird.

Herr Bognitz sprach an, dass die Freien Träger in Sorge um die noch ausstehenden Zahlungen seit Juli für den Bereich HzE sind. Werden die Mittel bis Ende des Jahres ausreichen? Wann erfolgt eine Mitteilung über die tatsächliche Zahlungsfähigkeit oder zur endgültigen Zahlungseinstellung.

Frau Hanna Haupt nahm ab ca. 16.20 Uhr an der Sitzung teil und übernahm den Vorsitz.

Sie entschuldigte ihr Zuspätkommen. Sie sprach an, dass ihr auffiel, dass heute bereits das ihr telefonisch durch den Ev. Kirchenkreis neue beratende Mitglied für Frau Franz, Herr Dr. Kluge, anwesend ist. Sie bat darum, dass durch den Ev. Kirchenkreis eine schriftliche Information dazu noch offiziell erfolgt. Sie bat Herrn Dr. Kluge um kurze Vorstellung.

Herr Dr.Kluge stellte sich vor und teilte mit, dass sich im Ev. Kirchenkreis ein Zweckverband für Kindertagesstätten gegründet hat und er als Geschäftsführer bestellt worden ist. Dem Zweckverband gehören 5 KITA's mit ca 270 Plätzen an. Er wurde durch den Ev. Kirchenkreis als Beratendes Mitglied im JHA benannt.

Herr Kogge führte seine Ausführungen fort. Er sprach an, dass auf der TO noch der Bericht zu den Entwicklungen in den Bereichen KITA und HzE ansteht, wo auf Zahlenmaterial zurück gegriffen wird. Fakt ist, dass Fälle steigen. Die Stadt Halle liegt an 1. Stelle, was den höchsten Anteil an Kindern aus Transfereinkommen betrifft. Es gibt eine Entwicklung zu den Arbeitslosenzahlen und die daraus resultierenden Zusammenhänge. Er wies auf den Kassenschluss bei HzE hin, so dass wie jedes Jahr die Rechnungen aus Dezember erst im Januar des Folgejahres bezahlt werden. Dies ist den Trägern auch so bekannt. HzE verändert sich, wie sich die Gesellschaft verändert. Schönrederei bringt uns nicht weiter, die Situation ist so. Ein Nachtrag wurde gestellt.

Weitere mündliche Anfragen:

Frau Ute Haupt fragte zum Stand GIMMI an, da ihr bekannt wurde, dass aus den Räumlichkeiten Dinge raus gehen.

Herr Kogge antwortete, dass die Verwaltung später dazu noch etwas mitteilt.

Frau Gellert sprach an, dass die Zahlen von Familien mit starken Erziehungsdefiziten steigend sind. Und das trotz Bemühungen durch KITA's, Bereich Bildung elementar, Schulsozialarbeit usw. Es ist mit einem Heer von HzE zu rechnen. Auf diese Situation muss reagiert werden.

Herr Kogge antwortete, dass er sich bei Herrn Geier dafür eingesetzt hat, dass Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Summe für 2011 kann noch nicht gesagt werden, da die Zahlen erst berechnet werden.

Frau Gellert sprach an, dass die Angebote viel, aber nicht alles abhalten. Die offene Kinder- und Jugendarbeit in den Bereichen ist sehr dünn geworden. Die Strukturen der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Halle sollten belassen werden.

Herr Kogge antwortete, dass die Verwaltung hier einen Vorschlag gemacht hat und die Stadträte müssen hierzu genau schauen, was gewollt ist. Der Ausschuss muss überlegen, wie die Jugendhilfeplanung fortgesetzt wird. Welche Prioritäten werden zukünftig gesehen. Damit muss sich der JHA beschäftigen. Die Angebote nach § 11 SGB VIII waren in der Stadt gegeben. Der Entwicklung im HzE-Bereich muss zukünftig Rechnung getragen werden. Der JHA entscheidet, welche Prioritäten in der Jugendhilfe der Stadt gesetzt werden.

Frau Klotsch sprach an, dass es den Beschluss gibt, dass in regelmäßigen Abständen die Außenstände in den Bereichen KITA und HzE dem JHA mitgeteilt werden. Sicher ist damit heute in dem angekündigten Bericht noch zu rechnen. Es werden Leistungen erbracht und diese müssen bezahlt werden. Selbst wenn die Stadt pleite ist, muss eine Rechnungszahlung für erbrachte Leistungen erfolgen. HzE ist eine Pflichtleistung der Stadt. Eine Sicherstellung der Zahlung muss erfolgen, das wurde auch zugesichert. Jetzt haben wir November, wann wird die Prioritätenvorlage dem JHA vorgelegt, über die Projekte für 2011 muss entschieden werden.

Herr Kogge antwortete, dass es Auflagen des Landesverwaltungsamtes zum Haushalt gibt, welche abgearbeitet werden. Die Beschlussvorlage zu den Prioritäten steht auf der TO des JHA am 02.12.2010. Desweiteren hatte der JHA den Unterausschuss Jugendhilfeplanung und die Verwaltung beauftragt, bis zum Frühjahr 2011 die Konkretisierung der Fortschreibung der Jugendhilfeplanung für die kommenden Jahre vorzulegen.

Nachfrage von Frau Pohl zur Beantwortung ihrer Anfragen aus dem letzten JHA. Die Beantwortung wurde schriftlich an alle Mitglieder ausgeteilt.

Anfrage Herr Dr. Kluge (Beratendes Mitglied Evang. KK) fragte zum Rechtsanspruch auf KITA-Plätze an. Beispiel : Eine Mutter hat 2. Kind und ist im Erziehungsurlaub, das 1. Kind soll in die KITA gehen. Besteht hier ein Anspruch auf einen vollen Kindertagesstättenplatz.

Frau Schöps antwortete, dass in diesem Fall der Anspruch auf einen Halbtagsplatz besteht. Zu der Frage auf Rechtsanspruch wird dem JHA auch noch eine schriftliche Information zugehen.

zu 6 Mitteilung über die Arbeit des Quartiersmanagements in Halle-Neustadt über den Zeitraum Januar bis Oktober 2010 Vorlage: V/2010/09205

Frau Hanna Haupt begrüßte Herrn Wendler und Frau Kuhn vom Stadtplanungsamt und Frau Kirsch vom Quartiersmanagement (QR) Neustadt zur Vorstellung des Standes zum Quartiermanagement Januar – Oktober 2010.

Herr Wendler sprach an, dass festgelegt worden ist, in regelmäßigen Abständen über die Arbeit des Quartiermanagements auch im JHA zu berichten, so dass heute diese Vorstellung erfolgt.

Frau Kirsch sprach an, dass sie für den JHA einen kurzen Auszug zu ihrer Arbeit vortragen möchte, ausführlich ist alles dem Halbjahres- bzw. Jahresbericht zu entnehmen. Auftrag ist es, die Maßnahmen des Integrierten Handlungskonzeptes zu begleiten und umzusetzen. Die Umsetzung der Realisierung war auf Grund der Haushaltslage der Stadt Halle jetzt schwach. Sie arbeitet in verschiedenen Netzwerken der Stadt mit und ist für die Projektdurchführung und Mittelakquise für Projekte zuständig. Im I. Halbjahr konnten 17.300 € Mittel für Neustadt akquiriert

werden. Sie ist Ansprechpartnerin zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements im Stadtteil Neustadt. Sie informierte zur Bürgerbeteiligung an einem Projekt, bei welchem eine Skulptur für Neustadt entworfen wurde, dessen Aufstellung im Dezember erfolgen soll. Jährlich erscheinen 3 Stadtteilzeitungen, deren Herstellung über die in Neustadt ansässigen Wohnungsunternehmen erfolgt. Sie gab für 2011 einige Ausblicke.

Frau Kirsch bat darum, dass das Quartiersmanagement nicht mit SPI verbunden wird. Sie ist zwar beim SPI angestellt, das Quartiersmanagement läuft aber über das Stadtplanungsamt.

Frau Hanna Haupt dankte für die Ausführungen.

Beschlussvorschlag:

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen

Der Jugendhilfeausschuss hat diese **zur Kenntnis genommen.**

zu 7 Bericht zur Umsetzung des Programms STÄRKEN vor Ort
Frau Hanna Haupt gab das Wort an Frau Kamprath.

Frau Kamprath stellte anhand einer Powerpointpräsentation die Umsetzung des Programmes vor. Sie erläuterte kurz die vier Hauptziele, erwähnte die Förderungsgebiete Neustadt und Heide-Nord und dass das Programm angebunden an das Jugendamt ist. Die Koordinierungsstelle läuft über sie in Persona. Der Begleitausschuss besteht aus 11 Mitgliedern. Die Projekte 2009 und 2010 wurden in der Präsentation erwähnt sowie auch der Ablaufplan für 2011. Am 15.11.2010 findet ab 10.00 Uhr das Netzwerktreffen im Stadthaus statt. Sie legte noch Einladungen aus.

Herr Schachtschneider bat um Anhang der Präsentation an die Niederschrift, was zugesagt wurde.

Frau Hanna Haupt dankte für die Ausführungen.

zu 8 Bericht des Kinder- und Jugendrates der Stadt Halle (Saale) zum
Projekt "Spielplatztester"
verschoben auf JHA 02.12.2010

zu 9 Bericht zur Entwicklung in den Bereichen Kindertagesstätten und
Hilfen zur Erziehung

Frau Schöps hielt den Bericht zum Stand Hilfen zur Erziehung (HzE) mit Stand September 2010. Sie sprach an, dass die statistischen Daten aus dem JUCON und der Statistik ASD entnommen wurden. Die gesamte Fallzahlenentwicklung von 12/2009 zu 09/2010 beläuft sich von 1.207 auf 1.261 Fälle. Das Verhältnis ambulante zu stationären Hilfen und zur Pflege beträgt 48% zu 32% zu 20 %. Stationär ist ein kleiner Anstieg zu vermerken. Im § 35a SGB VIII stationär ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Die Fallzahlen bei den ambulanten Hilfen betragen 515, die Fallzahlen im § 35a SGB VIII ambulant sind gleichbleibend. Die Fallzahlen im § 32(2) SGB VIII sind stetig steigend. Von 12/2009 zu 09/2010 von 66 auf 89 gestiegen. Die Fallzahlenentwicklung im Bereich § 33 SGB VIII Pflege ist rückläufig. Von 12/2009 zu 09/2010 belaufen sich die Zahlen hier von 267 auf 256.

Hier läuft die Werbung, wie auch in den zurückliegenden Jahren schon, aber jetzt mit weniger Erfolg. Hier müssen die Plätze stabil gehalten werden.

Die Fallzahlen sind nicht in allen Bereichen des Stadtgebietes gleichmäßig gestiegen. Hier liegen eindeutig Neustadt und die Südstadt/südliche Innenstadt mit einem hohen Anstieg vorn. im Bereich Neustadt ist dies kompakt zu sehen.

Herr Kogge wies bzgl. der Fallzahlen darauf hin, dass die Ausnahme im § 31 SGB VIII zu sehen ist, da hier teilweise mehrere Hilfen von 1 Person empfangen werden.

Frau Schöps bat darum, dass Einverständnis dazu besteht, dass für den Abschluss 2010 eine komplette Darstellung dann dem JHA vorgelegt wird. Momentan wird alles berechnet, da der Nachtrag jetzt gekommen ist und somit kann noch nicht konkret Zahlenmaterial vorgelegt werden. Die offenen

Rechnungen werden gebucht und sobald das Geld eingegangen ist werden diese Rechnungen bezahlt. Eine Aufarbeitung der offenen Sachen erfolgt. Es wird versucht, im JHA dann eine komplette Monatsauflistung vorzulegen.

Frau Schöps hielt den Bericht zum Bereich KITA, welcher für die Mitglieder der Niederschrift angehängt wird. Die Auslastung im KITA-Bereich ist sehr gut. Die Plätze sind knapp, aber da dem Wunsch- und Wahlrecht der Eltern kann wenig nachgekommen werden. Der Rechtsanspruch auf einen KITA-Platz kann aber erfüllt werden. Die Auszahlung im KITA-Bereich erfolgt nach Fälligkeit, die Hochrechnung der Träger dazu liegt vor. Die Verwaltung arbeitet dies ab und zahlt dann aus. Wie viel Mittel für 2011 benötigt werden, kann erst nach Berechnung gesagt werden, dies kann auch erst im nächsten JHA mitgeteilt werden.

Frau Gellert sprach an, dass ein Ausblick auf 2011 gegeben werden sollte. Der Anspruch auf Hortplatz wird auch geltend gemacht, wie ist das zu sehen, insbesondere, wenn Schüler der 1. Klasse nicht mehr in Förderschulen eingeschult werden.

Frau Schöps antwortete, dass bei einer erfolgten Einschulung in die 1. Klasse der Grundschulen versucht wird, diesen Bedarf im BEP 2011 zu berücksichtigen.

zu 10 Beschlussvorlagen

zu 10.1 Geschäftsordnung der Sozialraumplanungsgruppen Vorlage: V/2010/09144

Frau Schöps machte Ausführungen zur vorgelegten Geschäftsordnung. Die Veränderungen betreffen die Aufgaben, Kompetenzen und die Zusammensetzung der Sozialraumplanungsgruppen. Es soll hier ein möglichst offener Rahmen erreicht werden. Sie verwies auch auf die Satzung des Jugendamtes sowie die Geschäftsordnung des Unterausschusses, in welcher die Aufgaben des Unterausschusses Jugendhilfeplanung verankert sind, analog dem Landesgesetz. Sie fragte an, ob die Behandlung heute als 1. Lesung erfolgen soll und bat um Anfragen.

Herr Dölle fragte zum Namen „Sozialraumplanungsgruppen“ an, da es mehr mit Sozialraumgruppen und weniger mit Planung zu tun hat.

Frau Dr. Stark fragte zu formellen Dingen an:

- § 1(2) steht nur Unterausschuss – Ergänzung um Jugendhilfeplanung
- § 3(1 statt Legislatur – Korrektur um Wahlperiode
- § 4(1) Klammern weg lassen

Die Verwaltung dankte für diese Hinweise.

Frau Gellert schließt sich der Frage von Herrn Dölle an. Der Name „Planungsgruppe“ ist nicht zutreffend, hier sollte ein passenderer Name gefunden werden, da dies zu Irritationen führt.

Anfrage Frau Rarrasch formal zu § 2(1) : Ist dies im Personen- oder Trägerbezug zu sehen.

Frau Schöps antwortete, dass dies ergänzt werden muss, es ist im Personenbezug anzusehen.

Frau Rarrasch sprach an, dass sie im § 2 (2) die Aufzählung von Vertretern aus Politik/JHA vermisst.

Herr Kramer sprach hier als Vorsitzender des UA Jugendhilfeplanung an, dass es mehrere Meinungen dazu gab. Vertreter aus Politik waren nicht unglücklich darüber, nicht aufgeführt zu werden, da sie bereits in vielen anderen Gruppen mitwirken.

Frau Gellert sprach an, dass sie es als wichtig ansieht, dass Vertreter aus Politik hier mit vertreten sind.

Frau Schöps antwortete, dass hierzu im Unterausschuss sehr hinreichend diskutiert worden ist.

Hanna Haupt schlug vor, dass im § 2(2) 1. Satz ergänzt wird um, welchem folgende Mitglieder angehören **können**:..“

Frau Raab fragte an, wie eine praktische Umsetzung aussehen soll, wenn ein Vertreter aus Politik aufgenommen werden soll. Wer soll dann dabei sein, nach welchem Verfahren wird dieser Politiker aufgenommen (Hare-Niemeyer?).

Frau Schöps sprach an, dass ein Vorschlag für die Zusammensetzung erarbeitet werden sollte und dieser liegt hiermit vor. Sie dankte für die zahlreichen Hinweise. Die gewünschte Namensänderung ist nachvollziehbar. Welcher Name ist stattdessen gewollt?

Frau Gellert schlug vor in „Sozialraum-Netzwerk“ umzubenennen.

Frau Schubert schlug vor, über den Namen abzustimmen, ob „Sozialraumgruppe“ oder „Sozialraum-Netzwerk“.

Herr Dölle fragte Frau Schubert, was sie darunter versteht.

Frau Schubert antwortete, dass sie unter Sozialraumgruppe das versteht, was es ist. Netzwerk geht in die Tiefe, der Name gibt der Arbeit eine andere Qualität.

Frau Gellert sprach an, dass sie unter „Netzwerk“ verschiedene Akteure versteht.

Frau Raab stimmt der Namensgebung auf „Sozialraum-Netzwerk“ zu , da dies dem eher entspricht.

Frau Hanna Haupt fragte an, ob gewollt ist, dass es heute als 1. Lesung angesehen wird oder nicht doch schon eine Abstimmung erfolgen kann, wenn die Verwaltung den gewünschten Änderungen folgt.

Die Verwaltung sagte zu, diese Änderungen aufzunehmen.

Es erfolgte kein Widerspruch zu der vorgeschlagenen Abstimmung, somit **rief Frau Hanna Haupt** dazu auf, erst über die vorgeschlagenen **Namensgebungen „Sozialraum-Netzwerk“ und Sozialraumgruppen“ abzustimmen.**

Der Jugendhilfeausschuss stimmte erst über die vorgeschlagene veränderte Namensgebung „Sozialraum-Netzwerk“ wie folgt ab:

2	Ja-Stimmen
9	Nein-Stimmen
0	Enthaltungen

Der Jugendhilfeausschuss **lehnte den Vorschlag „Sozialraum-Netzwerk“ ab.**

Der Jugendhilfeausschuss stimmte über die vorgeschlagene Namensänderung „Sozialraumgruppen“ ab.

10	Ja-Stimmen
0	Nein-Stimmen
2	Enthaltungen

Damit wurde der Namensgebung der Geschäftsordnung „der Sozialraumgruppen“ **einstimmig zugestimmt.**

Frau Hanna Haupt rief zur Abstimmung des geänderten Beschlussvorschlages „Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Geschäftsordnung der Sozialraumgruppen“ auf.

Dem **geändertem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt.**

zu 10.2 2. Änderungssatzung zur Satzung des Amtes für Kinder, Jugend und Familie der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: V/2010/09217

Frau Hanna Haupt sprach an, dass im § 5 Beratende Mitglieder Ergänzungen erfolgen sollen.

Herr Kogge erläuterte, dass Hintergrund zu dieser Änderung ist, dass diese 3 benannten Mitglieder mit eingebunden werden sollen. Hier gab es auch eine Anfrage des Stadelternbeirates dazu.

Es gab keine Anfragen, so dass **Frau Hanna Haupt** zur Abstimmung aufrief.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die 2. Änderungssatzung zur Satzung des Amtes für Kinder, Jugend und Familie der Stadt Halle (Saale).

Abstimmungsergebnis:

Der Jugendhilfeausschuss stimmte **einstimmig zu**.

zu 11 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 11.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Weiterführung des "Lokalen Aktionsplanes Halle - Hallianz für Vielfalt"

Vorlage: V/2010/09091

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Zur Weiterführung des „Lokalen Aktionsplanes Halle – Hallianz für Vielfalt“ beschließt der Stadtrat:

1. Die Einrichtung eines Projektfonds von mindestens 20.000 Euro ab 2011.
2. Die Benennung eines Ansprechpartners in der Stadtverwaltung für die Koordinierung lokaler Strategien zur Rechtsextremismusprävention und Demokratieentwicklung.
3. Die jährliche Berichterstattung zur Erfüllung des „Lokalen Aktionsplanes“ im Stadtrat.

Frau Ute Haupt hat diesen Antrag nochmals zurück gestellt bis zur nächsten JHA-Sitzung, da die Verwaltung erst im Dezember dazu Aussagen treffen kann.

**zu 11.2 Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zur bedarfsgerechten Verteilung von Spielplätzen im Stadtgebiet
Vorlage: V/2010/08798**

Frau Hanna Haupt sprach an, dass dieser Antrag und der Änderungsantrag der SPD-Fraktion (TOP 11.2.1) vorliegen und sie bittet um Zustimmung zu den Anträgen.

Herr Schachtschneider teilte mit, dass die CDU-Fraktionen den Änderungsantrag der SPD-Fraktion übernehmen und damit der Beschlussvorschlag verändert wird.

Somit lag ein geänderter Beschlussvorschlag hierzu vor, über welchen abgestimmt wurde.

Geänderter Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für eine bedarfsgerechte Verteilung von Spielplätzen in allen Stadtteilen von Halle zu sorgen. Dabei sind folgende Kriterien anzulegen:

1. Die Stadtverwaltung legt eine Aktualisierung der 2006 beschlossenen Spielflächenkonzeption **(IV/2005/05176)** bis zur Stadtratssitzung im **Juni 2011** vor. Dabei soll Berücksichtigung finden:
 - a) Ein Bericht zum Stand der Umsetzung der Ziele des Konzepts von 2006 enthalten sein sowie eine Analyse der Veränderung des Bedarfs in den einzelnen Sozialräumen seit 2006 einbezogen werden und
 - b) diese Bedarfsbetrachtung altersgruppenspezifisch (0-6 Jahre, 6-10 Jahre, 10-16 Jahre) angelegt wird.
2. In dieser (Spielflächenkonzeption) legt die Stadtverwaltung dar, wann und wie die bestehende Unterversorgung in den priorisierten Stadtteilen abgebaut werden soll.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, im **März 2011** einen Bericht zum Zustand und zur Frequentierung der vorhandenen Spielplätze im Stadtgebiet vorzulegen, der die Arbeit der „Spielplatzplatzdetektive“ des Kinder- und Jugendrates einbezieht.

Abstimmungsergebnis:

Dem geänderten Beschlussvorschlag wurde **einstimmig zugestimmt**.

zu 11.2.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zur bedarfsgerechten Verteilung von Spielplätzen im Stadtgebiet
Vorlage: V/2010/08843

Abstimmungsergebnis:

Der Änderungsantrag wurde durch Herrn Schachtschneider (CDU-Fraktion) im JHA übernommen. Es wurde somit über den geänderten Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion im JHA abgestimmt.

zu 12 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine vor.

zu 13 Themenspeicher

Frau Hanna Haupt teilte mit, dass der aktualisierte Themenspeicher heute ausgelegt worden ist. Sie sprach an, dass am 02.12. noch das Eckpunktepapier zur KITA-Gebührensatzung vorgelegt werden muss, dies ist noch aufzunehmen.

Sie wies darauf hin, dass die Tagesordnung für Dezember sehr groß ist und von einer längeren Sitzung auszugehen ist.

Frau Gellert sprach an, dass es viele „Baustellen“ gibt, wie HzE, Horte –Grundschulreform etc. Es wurden nicht alle Themen immer zeitnah abgearbeitet sondern teilweise wieder verschoben. Es sollte darauf geachtet werden, Themen terminlich realistisch und zeitnah aufzunehmen und auch abzuarbeiten. Nicht immer wieder neue Themen aufnehmen sondern das, was zwingend aufzunehmen ist sollte dann auch behandelt und abgeschlossen werden.

Herr Kogge übernimmt diesen Hinweis von Frau Gellert als Anregung und wird sich hierzu mit Frau Brederlow verständigen. Es gibt einige Themen u.a. auch ARGE-Gutscheine, die im JHA informativ oder zur Behandlung für 2011 anstehen, die er mit der Amtsleiterin aufnehmen muss. Hierzu wird es eine Verständigung zwischen ihm und Frau Brederlow geben.

zu 14 Mitteilungen

Frau Hanna Haupt teilte mit, dass auf Grund einer Anregung von Frau Wolff im letzten Stadtrat heute Informationsmaterial zur Bildungsinitiative des Jüdischen Museums Berlin „on.tour“ ausgelegt worden ist.

Informationen zum Programm sind unter www.jmberlin.de/ontour abrufbar.

Frau Hanna Haupt teilte mit, dass am 23.11.2010 ab 15.00 Uhr im Händelhaus die Gründung des Kommunalen Netzwerkes Kinderschutz erfolgt.

Frau Schöps teilte mit, dass es im Kinder- und Jugendschutzzentrum auf Grund von Krankschreibungen große personelle Probleme gibt. Hierzu wird es Abordnungen aus dem Jugendamt geben, welche vorwiegend aus dem Bereich Streetwork kommen sollen. Die Dienste im KJSZ müssen zwingend abgesichert werden. Sie appellierte hier auch an die Stadträte bei Nachfragen aus Jugendcliquen hier hinter der Verwaltung zu stehen, da es demzufolge auch zu Engpässen bei der Betreuung von Jugendcliquen kommen kann. Das KJSZ hat oberste Priorität und ist als solche anzusehen und bitte auch nach Außen zu vertreten.

Herr Kogge ergänzte, indem er darauf hinwies, dass die Aufnahmesituation sich verschärft hat, da mittlerweile eine Abklärung über die Psychiatrie verkürzt wurde und die Kinder und Jugendlichen sehr schnell jetzt zurück an das KJSZ gehen. Die Mitarbeiter sind dadurch großen Problemlagen ausgesetzt, was sich auch in Krankschreibungen niederschlägt.

Frau Ute Haupt fragte nochmals zur Beantwortung ihrer heutigen Anfrage zum GIMMI an.

Frau Schöps antwortete, dass der Mietvertrag GIMMI zum Jahresende gekündigt wurde. Mobiliar etc. wird dort rausgenommen, da es sich um Eigentum der Stadt handelt und nicht dort bleiben kann. Es handelt sich u.a. um veraltete Spielkonsolen, so dass es auch zu Abschreibungen kommt.

zu 15 Anregungen

Herr Kramer regte an, die von Frau Hanna Haupt bereits angekündigte lange Tagesordnung in der nächsten Sitzung prioritär zu behandeln. Zwingend erforderlich ist eine Behandlung der Prioritäten von Diensten und Einrichtungen in der Jugendhilfe und das Fachkräfteprogramm, da die freien Träger hier dringend auf Entscheidungen warten, um zu wissen, ob und wie es 2011 weiter geht. Er bat darum, dass diese Thematiken vordergründig anzusehen und zu diskutieren sind.

Frau Hanna Haupt nahm die Anregung auf und bestätigte, dass sie dies ebenso als prioritär ansieht.

Die öffentliche Sitzung war um 18.15 Uhr beendet.

Frau Hanna Haupt bat die Öffentlichkeit den Raum zu verlassen, da ohne Pause zum nichtöffentlichen Teil übergegangen werden soll. Dies erfolgte.

Gez. Hanna Haupt

Ausschussvorsitzende

Uta Kaupke

Protokollführerin